

### Die 'Kommunikationskanäle' zu den Taliban nutzen

Von Otmar Steinbicker, Aachener Nachrichten, 23.12.2009

Die Worte von Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg in der "Welt am Sonntag" am vierten Adventssonntag ließen Leser wie Kommentatoren die Augen reiben. Schwarz auf weiß stand da: "Man wird auch darüber nachdenken müssen, ob das, was Henry Kissinger 'Kommunikationskanäle' genannt hat, politisch nachzuschärfen ist. Nicht jeder Aufständische bedroht gleich die westliche Gemeinschaft." – Gemeint waren Kontakte zu den Taliban.

Der Afghanistanbeauftragte der Bundesregierung, Bernd Mützelburg, war bereits wenige Tage zuvor im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages deutlich weiter gegangen mit der Ankündigung, in eine Friedenslösung müssten langfristig auch Führer der Aufständischen wie Mullah Omar und Gulbuddin Hekmatyar einbezogen werden.

Was allgemeines Erstaunen auslöste, bewegt sich allerdings völlig im Rahmen einer längst in den USA und der NATO laufenden Strategiedebatte, die bislang nur in Deutschland noch nicht ernsthaft öffentlich geführt wurde.

Ähnlich wie Mützelburg hatte schon am 17. November der britische Außenminister David Miliband in der Parlamentarischen Versammlung der NATO im schottischen Edinburgh argumentiert und gefordert, hochrangige Taliban-Kommandeure in die afghanische Regierung aufzunehmen, wenn sie sich von Al

Kaida lossagen und bereit sind, ihre Ziele mit friedlichen Mitteln anzustreben. Zuvor hatte der "Stern" am 9. November gemeldet, darüber hinaus erkenne die britische Regierung die Existenz der sogenannten „Quetta Schura“ an, den obersten Führungszirkel der Taliban um Mullah Omar und fordere einen Friedensschluss mit der Taliban-Führung. Dass die Taliban sich schon längst von Al Kaida distanzieren, hatte wiederum die "Welt", wie andere Zeitungen, bereits am 8. Oktober konstatiert.

Auch die US-Regierung hatte Ende November über Saudi-Arabien einen ersten indirekten Kontakt zur Taliban-Führung aufgenommen. Abgesandte von Mullah Omar waren daraufhin zu Gesprächen nach Riad gereist, hatten eine Liste mit gefangenen Taliban-Führern vorgelegt, deren Freilassung sie wünschen, und sich dann gewundert, dass von den saudischen Partnern der USA keine Gegenforderungen vorgelegt wurden, um ein erstes Tauschgeschäft in Gang zu bringen.

Zu ernsthaft waren allerdings die unterschiedlichen Bemühungen, um Befürchtungen dauerhaft Nahrung zu geben, die am 4. Dezember von US-Präsident Obama verkündete Truppenverstärkung würde das Aus für solche Kontakte unterhalb der Verhandlungsebene bedeuten.

Dass diese Debatte jetzt endlich auch die Bundes-

regierung erreicht, ist mehr als überfällig. Ob die bemerkenswerte Äußerung von Verteidigungsminister zu Guttenberg allerdings mehr ist als ein vager Diskussionsbeitrag, wird sich in den nächsten Tagen zeigen müssen. Der Minister kennt die Adressen für die "Kommunikationskanäle". Er wird auf diesen Kanälen Nachrichten empfangen und es wird sich zeigen, ob er auch Nachrichten senden wird.

Dass solche Kontakte zwischen den Regierungen von NATO-Staaten und den Taliban mit vielen Fragen und Skepsis auf allen Seiten begleitet werden, versteht sich. Vertrauen wird da so schnell keiner dem anderen. Beide Seiten haben ihre schlechten Erfahrungen vorzuweisen. Aber nachdenkliche Akteure auf beiden Seiten wissen auch, dass der Krieg militärisch für keine Seite gewinnbar ist, dass Frieden in Afghanistan nur in schwierigen Verhandlungen erreicht werden kann.

Eine erste ernsthafte vertrauensbildende Maßnahme könnte daher ein regionaler Waffenstillstand in der Provinz Kundus sein. Die Taliban sind nach wie vor dazu bereit. Die Bundesregierung wird sich dazu äußern müssen, denn nachdenkliche Akteure auf beiden Seiten wissen auch, wenn der Waffenstillstand in Kundus funktioniert, kann man ihn nach und nach auf andere Provinzen und auf das ganze Land ausdehnen, um die nötige Ruhe zu schaffen für ohnehin komplizierte Verhandlungen.